

Städte kämpfen gegen die Verödung

**Verändertes Einkaufsverhalten und starker
Franken beschleunigen den Wandel in den
Ortskernen – Gemeinden suchen externe Hilfe**

Cornelia Krause, Erich Bürgler

Glarus/Laufenburg AG Leer stehende Geschäfte, weniger Passanten, im schlimmsten Fall gar verfallende Häuser – immer mehr Schweizer Städte und Gemeinden beklagen eine Verödung ihrer Ortszentren. Experten für die Suche nach Lösungen sind gefragt denn je. «Die Zahl der Anfragen hat stark zugenommen, wir können uns vor Mandaten derzeit kaum retten», sagt Lukas Bühlmann, Direktor der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung. Zwischen 2005 und 2010 führten Spezialisten der Vereinigung insgesamt 9 sogenannte Stadtanalysen durch, seit 2011 waren es 29. Auch umfangreiche Nutzungsstrategien, die Wege aus der Krise zeigen sollen, haben dieses Jahr einen Höchststand erreicht. Der Strukturwandel wird zum flächendeckenden Problem. Er hat Orte wie Laufenburg AG und Liestal BL, Glarus, Biel, Spiez BE oder Sursee LU erfasst. Bühlmanns Experten werden auch erstmals im Tessin tätig: in Bellinzona.

Die Schweiz vollzieht zeitverzögert Entwicklungen der Nachbarländer Deutschland und Frankreich. «Der Strukturwandel ging zunächst

schleichend voran und hat sich nun infolge der Frankenstärke und des Onlinehandels beschleunigt», sagt Daniel Müller-Jentsch, zuständig für regionale Entwicklung bei der Denkfabrik Avenir Suisse.

Die Suche nach Lösungen gestaltet sich schwierig. Oft ist es schon zu spät, die Orte in ihrer ursprünglichen Gestalt wiederzubeleben. Gefragt sind deswegen neue Nutzungsformen. Hannes Germann, Schaffhauser SVP-Ständerat und Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbandes, sieht etwa Chancen im Bau familienfreundlicher Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen in Ortszentren. Auch bei Avenir Suisse ist man der Ansicht, dass der Detailhandel im Ortskern grundsätzlich an Bedeutung verlieren wird. Im Kampf gegen die Verödung bringt Müller-Jentsch sogenannte Business Improvement Districts ins Spiel, wie es sie in den USA gibt. Das Konzept: Stimmen innerhalb eines städtischen Gebiets die Mehrheit der Gewerbetreibenden und Immobilienbesitzer Aufwertungsmassnahmen zu, müssen sich alle Betroffenen daran beteiligen – auch finanziell. «Dieses Modell sollte man sich auch in der Schweiz anschauen.»